die Zahl der maximal zu erbringenden Stunden, abgeleitet vom monatlichen Tariflohn, zu verstehen. Eine Verpflichtung zur Zahlung eines Geldbetrages ergibt sich aus dem Beschluß der Konfliktkommission nicht.

Der Antrag des Betriebes stützt sich vielmehr auf eine durch Mitglieder der Konfliktkommission geführte Aussprache und die dabei getroffenen Feststellungen. Dabei wird übersehen, daß in dieser Aussprache kein neuer Beschluß gefaßt wurde und auch nicht gefaßt werden durfte. Wenn der Betrieb das Ergebnis der Aussprache für vollstreckbar erklärt haben wollte, so fehlte diesem Begehren die Grundlage. Das hätte das Kreisgericht bemerken müssen.

Da der Beschluß der Konfliktkommission keine Verpflichtung zur Schadenersatzleistung in Geld festlegte und das Ergebnis der späteren Aussprache keine zu vollstreckende Entscheidung war und auch nicht sein konnte, war kein Raum dafür, im Verfahren auf Vollstreckbarkeitsklärung den Antragsgegner zu einer Geldzahlung zu verpflichten. In diesem Verfahren kann nur in Übereinstimmung mit dem Inhalt der Entscheidung die Art der zu erbringenden Leistung nach ihrem Umfang näher bestimmt und hierdurch vollstreckungsfähig gestaltet werden.

Es wäre also allenfalls möglich gewesen, den Umfang der vom Antragsgegner zu erbringenden Arbeitsleistungen zu präzisieren und insoweit der Entscheidung der Konfliktkommission einen vollstreckungsfähigen Inhalt zu geben. Hierfür bestand aber keine Voraussetzung, weil kein dahingehender Antrag gestellt war und im übrigen das Maß der Mitarbeit des Antragsgegners an der Beseitigung des Schadens sehr wesentlich vom Ablauf dieser durch den Betrieb zu organisierenden Reparaturen abhängt. Der Betrieb hatte aber mit den Arbeiten überhaupt noch nicht begonnen. Deshalb können Erwägungen unterbleiben, wie zu verfahren wäre, wenn der Antragsgegner nicht bereit sein sollte, die Verpflichtung zur Mitarbeit an der Schadensbeseitigung zu erfüllen.

Soweit bereits bei der Beratung der Konfliktkommission zu erkennen gewesen sein sollte, daß eine unentgeltliche Mitarbeit des Antragsgegners bei der Beseitigung des Schadens nur in geringem Umfang möglich ist, hätte sich der Antragsteller mit dem Beschluß nicht zufrieden geben dürfen. Aber auch bei nachträglichem Eintritt von Gründen für eine begrenzte Mitarbeit zur Schadensbeseitigung bestand keine Möglichkeit, im Wege der Vollstreckbarkeitsklärung dem Beschluß der Konfliktkommission einen anderen Inhalt zu geben.

Anmerkung:

Der vorstehender Entscheidung zugrunde liegende Sachverhalt macht auf zwei Probleme aufmerksam, die in der Tätigkeit der Konfliktkommissionen und der Gerichte Bedeutung haben: Zum einen geht es um die Bindung der gesellschaftlichen und staatlichen Gerichte an gestellte Anträge und zum anderen um den Grundsatz, daß der Schadenersatz in Geld zu leisten ist.

Von dem Grundsatz, daß Schadenersatz in Geld zu leisten ist (§ 260 Abs. 2 Satz 1 AGB), kennt das AGB nur eine Ausnahme, nämlich die Behebung des Schadens durch den Werk tätigen selbst auf der Grundlage einer Vereinbarung mit dem Betrieb (§ 260 Abs. 2 Satz 2 AGB). Ist der Werk tätige bereit und in der Lage, den Schaden durch eigene Leistungen zu beheben, wobei es sich regelmäßig um kleinere, unkomplizierte und sofort auszuführende Reparaturen handeln wird, und ist der Betrieb damit einverstanden, so besteht kein Anlaß, die materielle Verantwortlichkeit durch einen Antrag bei der Konfliktkommission geltend zu machen. Übersteigt die Behebung des Schadens diesen Rahmen, ist der Betrieb hiermit nicht einverstanden oder behebt der Werk tätige den Schaden trotz einer abgeschlossenen Vereinbarung nicht, so bleibt dem Betrieb nur der Weg, bei der Konfliktkommission Antrag auf Schadenersatzleistung nach den Bestimmungen über die materielle Verantwortlichkeit zu stellen. Der Antrag ist dann darauf zu richten, den Werk tätigen zur Zahlung von Schadenersatz in Geld in dem durch das Gesetz festgelegten Rahmen zu verurteilen. Vereinbarungen über die Selbstbehebung von Schaden zwischen dem Werk tätigen und dem Betrieb können nicht für vollstreckbar erklärt werden.

Stellt die Konfliktkommission fest, daß die Voraussetzungen für die materielle Verantwortlichkeit gegeben sind, hat sie in ihrem Beschluß den zu zahlenden Geldbetrag festzulegen. Das gilt auch für die Entscheidung durch ein Gericht.

Die Bindung an die Anträge ergibt sich aus § 19 Abs. 2 KKO und § 77 Abs. 1 ZPO. Das bedeutet, daß die Gerichte und die Konfliktkommissionen nicht über den im Antrag genannten Betrag hinausgehen dürfen und auch an die geforderte Art des Anspruchs gebunden sind.

Abgesehen davon, daß bei einer Verpflichtung zur Selbstbehebung des Schadens — wie im vorliegenden Fall — die Konfliktkommission nicht hätte angerufen zu werden brauchen, hätte die Konfliktkommission nicht — wie hier geschehen — allgemein festlegen dürfen, daß der Werk tätige zur Beseitigung des Schadens durch eigene Arbeitsleistungen beizutragen hat. Eine solche Festlegung ist nicht vollstreckbar.

Im Grunde genommen könnte bei richtiger Verfahrensweise eine solche Frage wie im vorliegenden Fall nur auftreten, wenn sich ausnahmsweise der Werk tätige und der Betrieb in der Beratung der Konfliktkommission darüber einigen, daß der Werk tätige den Schaden durch eigene Arbeitsleistung wiedergutmacht, oder wenn die Konfliktkommission eine solche Selbstverpflichtung des Werk tätigen bestätigt. Dabei wäre darauf zu achten, daß im Beschluß Zeitpunkt, Umfang und Art der zu erbringenden Arbeitsleistung exakt festgelegt werden, weil er nur dann vollstreckungsfähig gestaltet werden kann.

Darin ist auch der Sinn der Regelung zu erblicken, über den Antrag auf Vollstreckbarkeit mündlich zu verhandeln, wenn der Beschluß vollstreckungsfähig gestaltet werden soll. Allerdings wäre in diesem Fall auch kein Raum mehr, den Werk tätigen bis zur Höhe eines monatlichen Tariflohns zu einer Geldzahlung zu verpflichten.

Für die Durchsetzung einer solchen Verpflichtung bliebe, wenn sie nicht erfüllt werden würde, nur die Möglichkeit der Vollstreckung gemäß § 130 Abs. 1 und 2 ZPO (Ersatzvornahme).

Prinzipiell ist aber aus diesem Ergebnis herzuleiten, daß außer in dem vom Gesetz her zulässigen Fall der freiwilligen Selbstbehebung des Schadens durch den Werk tätigen der Grundsatz strikt zu beachten ist, daß der Schadenersatz durch Geldleistung erfolgt.

CHRISTOPH KAISER,

Richter am Obersten Gericht

Familienrecht \

Art. 31 des Rechtshilfevertrages DDR—UVR; § 19 FGB; OG—Unterhaltsrichtlinie.

Zur Unterhaltsbemessung für minderjährige Kinder nach dem Rechtshilfevertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik.

OG, Urteil vom 8. Januar 1987 — OFK 39/86.

Das Kreisgericht hat die Ehe der Prozeßparteien geschieden, das Erziehungsrecht für das Kind der Klägerin übertragen und den Verklagten zum Unterhalt in Höhe von 125 M und nach Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes in Höhe von 150 M verurteilt. Der Bemessung des Unterhalts lag ein Nettoeinkommen des Verklagten von 1100 M zugrunde. Weitere Unterhaltsverpflichtungen hat er nicht zu erfüllen.

Das Kind ist Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik, der Verklagte Staatsbürger der Ungarischen Volksrepublik. Der Wohnsitz des Kindes und der Prozeßparteien liegt in der DDR.

Der Verklagte hat wegen der Übertragung des Erziehungsrechts und der damit verbundenen Unterhaltsverpflichtung Berufung eingelegt.

Das Bezirksgericht hat die Berufung abgewiesen mit der Maßgabe, daß der vom Verklagten zu zahlende Unterhalt ab Rechtskraft der Ehescheidung bis zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Kindes monatlich 220 M beträgt. Zur Begründung hat es ausgeführt: Nach Art. 31 Abs. 2 des Rechtshilfevertrages DDR—UVR sei das ungarische Familienrecht anzuwenden, weil dessen Regelung sich für das Kind als günstiger erweise.

Gegen das Urteil des Bezirksgerichts richtet sich hinsichtlich der Unterhaltsentscheidung der Kassationsantrag des Präsidenten des Obersten Gerichts, der Erfolg hatte.

Aus der Begründung:

Das Urteil des Bezirksgerichts verletzt hinsichtlich der Unterhaltsregelung Art. 31 Abs. 2 des Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 30. Oktober 1957 (GBI. I 1958 Nr. 21 S. 278)